

„Schule der Zukunft. Bildungsperspektiven für das 21. Jahrhundert“ (Freiburg 1998) angesichts der in den letzten drei Jahrzehnten unaufhörlich gestiegenen Anforderungen, es fehle an einer gewissenhaften Klärung dessen, welchen Anteil die Schule realistisch an der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler habe, und forderte ebenso eine ehrliche gesellschaftliche Debatte über das, was in unseren Schulen geleistet werden kann und soll.

Im Stimmenwirrwarr der Schulkritiker und Schulreformer sucht sich die Kultusministerin aber vor allem gegenüber bildungspolitischer Katastrophenrhetorik abzugrenzen: Der Ruf nach Bildungsreformen sei berechtigt, die Sorge, das Schulwesen in Deutschland nicht mehr zukunftsfähig, dagegen keineswegs und lähme nur nötige Reformen.

Ihren eigenen, konkreten schulpolitischen Ausführungen zur Gestaltung der einzelnen Schultypen, der Lehrerbildung und – ausführlich – auch zur Schulleitung baut Schavan auf zwei Grundannahmen: Stabilisierung und Verbesserung der Qualität schulischer Leistung und die Stärkung *schulartspezifischer Profile*.

Entsprechend dieser Grundannahmen betont Schavan beispielsweise gleichermaßen Unverzichtbarkeit und weitere Profilierung der *Hauptschule* und verurteilt deren Diffamierung als „Restschule“. Bezüglich der *beruflichen Bildung* warnt sie vor allem vor einer Abwertung des „Lernortes Betrieb“ zugunsten von immer mehr Bildungsanteilen in beruflichen Vollzeitschulen. Zur aktuell am heftigsten diskutierten Frage nach der künftigen Gestaltung des *Gymnasiums* bekräftigt

die Kultusministerin zunächst, heute bestehe kein Zweifel mehr, daß die Gesamtschule keine attraktive Alternative sei. Zugleich fordert Schavan eine stärkere Konzentration der Kriterien für die Bestimmung des gymnasialen Bildungsauftrages: „Auf neue Wissensgebiete und neue Herausforderungen des Verantwortungsbewußtseins kann nicht ständig mit der Erweiterung des gymnasialen Fächerkanons geantwortet werden.“ (143)

Es gehe um Stärkung des erzieherischen Auftrages, der nicht im Gegensatz zum Bildungsauftrag gesehen werden dürfe, und um neue Formen des Lernens und der Leistungsmessung, die Selbständigkeit und Initiative bei Schülerinnen und Schülern fördere, wobei die vielbeklagte Zusammenhängigkeit von Bildungsinhalten konsequent vermieden werden müsse. Mit Bezug auf diese geforderte inhaltliche Konzentration und auch organisatorische Vereinfachung verweist Schavan auf den von ihr im letzten Jahr vorgelegten Reformvorschlag für das Kurssystem der gymnasialen Oberstufe: mit fünf jeweils vierstündig unterrichteten Abiturfächern.

Als Leitbild aller schulischer Arbeit hat Schavan ihren eher grundlegenden schulpädagogischen als konkreten schulpolitischen Reflexionen ein Wort Michel de Montaignes vorangestellt. Und mit diesem sucht sie zugleich, den konkreten schulischen Alltag auch gegenüber einem Bild und Image abzugrenzen, indem nur noch das Beschwerliche und Mühsame aufscheint: „Kinder sind keine Fässer, die gefüllt werden, sondern Feuer, die entfacht werden sollen.“

Alexander Foitzik

Die Kraftprobe ist noch offen

Der iranische Präsident und die Reformbemühungen vor einer ungewissen Zukunft

Seit dem Wahlsieg des Reformpolitikers Khatami bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 1997 tobt zwischen Reformern und Konservativen in der islamischen Republik Iran ein erbitterter Machtkampf. Über das weitere Schicksal des Präsidenten sowie der Reform- und Oppositionsbewegung lassen sich derzeit keine seriösen Voraussagen treffen, wie Rita Breuer, Länderreferentin bei Misereor, in ihrem Beitrag zeigt.

Wenn Oppositionelle und kritische Intellektuelle gewaltsam sterben, ist es um Demokratisierung und Meinungsfreiheit im Land schlecht bestellt. Keine anderthalb Jahre nach der weltweit mit großer Hoffnung registrierten Übernahme des Präsidentenamtes durch *Hojjatoleslam Seyyed Mohammed Khatami* wurden in Iran innerhalb eines Monats die Leichen der Oppositionellen *Dariush* und *Parwane Foruhar*, der

Schriftsteller *Mohammed Mochtari* und *Madschid Sharif* sowie des Übersetzers und Essayisten *Mohammed Puyandeh* aufgefunden.

Der erste Staatspräsident Irans nach der islamischen Revolution von 1979, *Abol Hassan Bani Sadr*, sprach daraufhin aus, was viele dachten: hinter den politisch motivierten Morden steckt eine Allianz konservativer Kräfte unter dem geistlichen

Führer *Ali Khamenei* und dem ehemaligen Präsidenten *Ali Akbar Hashemi Rafsandschani*. Sie wollen damit ein Zeichen gegen die Liberalisierungspolitik Khatamis setzen und Persönlichkeiten ausschalten, die den Unmut weiter Teile der Bevölkerung über die Herrschaft der Mullahs in Worte fassen und an die Öffentlichkeit bringen.

Der Wahlsieg des Reformpolitiklers Khatami bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 1997 (vgl. HK, Mai 1997, 258 ff.) war mehr als überzeugend. 70 Prozent der Stimmen hatte er auf sich vereinigen können und dadurch dem konservativen islamischen Establishment und dessen Wunsch Kandidaten *Ali Akbar Nateq Nuri* eine empfindliche Niederlage beigebracht. Dessen Kandidatur war vor allem von den wohlhabenden und seit jeher einflußreichen Basarhändlern unterstützt worden, die teils selbst, teils über Verbündete das Parlament dominieren.

Eine neue Phase in der Geschichte Irans?

Das Echo auf den Wahlsieg Khatamis war unter seinen zahlreichen Anhängern im In- und Ausland überaus positiv. Intellektuelle wie der Schriftsteller *Hushang Golshiri* und der Chef der verbotenen, aber geduldeten oppositionellen Freiheitsbewegung, *Ebrahim Yazdi*, sprachen geradezu euphorisch von einer „zweiten Revolution“ und einem „historischen Ereignis“. Der ‚Reformer‘ hatte über die ‚Konservativen‘ gesiegt, und während letztere versuchten, den Wahlausgang als Bestätigung ihrer Politik zu interpretieren, kündigte Khatami eine neue Phase in der Geschichte Irans an.

Khatami wurde 1943 in der Nähe der zentraliranischen Stadt Yazd geboren. Er stammt aus einer Gelehrtenfamilie und studierte gemäß ihrer Tradition zunächst in der heiligen Stadt Qom Theologie, später dann in Isfahan Philosophie. Er war mehrfach im Ausland; u. a. leitete er in den siebziger Jahren vorübergehend das islamische Zentrum in Hamburg. Seine Englisch- und Deutschkenntnisse unterscheiden ihn von der Mehrzahl der iranischen Mullahs, die sich ausschließlich mit den islamischen Literatursprachen Arabisch und Persisch befassen. Unter Khomeini war Khatami als Minister für Kultur und islamische Führung maßgeblich an der sogenannten Kulturrevolution, das heißt an der Islamisierung von Kultur und Bildung im Land, aber auch an der Niederschlagung der säkularen Opposition beteiligt, ein Umstand, der linke Kritiker an seiner grundsätzlichen Reformbereitschaft und -fähigkeit zweifeln läßt.

Nach wiederholter Kritik an der Einseitigkeit der iranischen Medien mußte Khatami 1992 von seinem Ministeramt unter dem Druck der Rechtskonservativen zurücktreten und zog sich für einige Jahre von der politischen Bühne zurück. Seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 1997 kam daher für viele überraschend und galt zunächst als so wenig aus-

sichtsreich, daß sein heutiger Erzrivale Ali Khamenei sie offenbar recht sorglos akzeptierte. Als letzterer seinen Irrtum erkannte, war es zu spät: drei Tage vor der Wahl soll Rafsandschani ihn aufgesucht und über den voraussichtlichen Ausgang der Wahl unterrichtet haben.

Verbunden mit einem deutlichen Bekenntnis zu den Inhalten und Zielen der islamischen Revolution zeigte Khatami im Wahlkampf vorsichtige Bereitschaft, den Beziehungen seines Landes zum Westen eine neue Qualität zu geben und in der Region die Annäherung an die als weniger konservativ angesehenen islamischen Länder wie Ägypten zu suchen. Unkontrollierter Privatisierung, von der insbesondere die Basaris profitieren, wollte er die Stirn bieten, wo nötig Preiskontrollen und höhere Abgaben einführen und der *Armutsbekämpfung* im Land höchste Priorität einräumen.

Innenpolitisch bekannte Khatami sich zu Rechtsstaatlichkeit, zur Achtung von Menschenrechten, Meinungsfreiheit und politischem Pluralismus, sowie zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Seine Äußerungen hierzu blieben zwar allgemein, doch ist die Kritik an einschlägigen Mängeln im eigenen Land dabei nicht zu überhören. Mehr Frauen in einflußreichen politischen Positionen forderte er ebenso wie Lockerungen in der Überwachung des islamischen Lebensstils der Bevölkerung.

Mit der Amtseinführung Khatamis im August 1997 verbanden sich also mit gutem Grund große Hoffnungen auf neue Akzente in der Innen- und Außenpolitik der islamischen Republik Iran. Kenner des inneriranischen Machtgefüges meldeten jedoch schon früh Zweifel an der Durchsetzungsfähigkeit Khatamis und seiner Positionen an. Seine Macht als Präsident unterliegt de facto deutlichen Beschränkungen. Oberste geistliche Autorität bleibt Revolutionsführer Ali Khamenei: nach der auf Khomeini zurückgehenden Konstruktion einer Herrschaft des Gottesgelehrten gilt er als Stellvertreter des im Verborgenen lebenden 12. Imam, der nach schiitischer Auffassung der einzig legitime Herrscher der Gemeinde ist und wiederkommen wird, um sie von allem Unrecht zu befreien. Nach dem Tode Khomeinis ging diese Würde schließlich auf Khamenei über, dessen moralische Autorität und politische Schlüsselrolle insofern von höchster Stelle legitimiert sind. Justiz, Streitkräfte und Polizei unterstehen seiner Aufsicht und Kontrolle.

Neben dem geistlichen Führer wachen das Ministerium für Kultur und islamische Führung, der „Wächterrat“, die Versammlung der Experten (Islam-Gelehrten) und der „Schlichtungsrat“ über den islamischen Charakter des Staates. Der Präsident wird in direkten Wahlen vom Volk für vier Jahre gewählt, steht an der Spitze der Exekutive und ernennt die Minister, die dann vom Parlament zu bestätigen sind. Gleichzeitig untersteht er selbst, als Person und in seiner Amtsführung, den kritischen Blicken der genannten Institutionen

und ist so kaum in der Lage, radikale politische Veränderungen herbeizuführen, die den Konservativen mißfallen. So ist es Aufgabe der Expertenversammlung, die islamische Verfassung zu schützen und zu interpretieren und den Revolutionsführer auszuwählen.

Dem eher konservativen und zur Hälfte vom Klerus besetzten zwölfköpfigen Wächterrat werden alle Kandidaturen für die Expertenversammlung und für das 270 Mitglieder zählende Parlament vorgelegt. Zustimmung oder Ablehnung ergehen nach einer sorgfältigen Überprüfung der islamischen Gesinnung der einzelnen Kandidaten. Ebenso müssen alle Gesetzentwürfe des Parlaments den Wächterrat durchlaufen und können nur rechtskräftig werden, wenn dieser die Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Islam und der iranischen Verfassung bestätigt. Mitte der achtziger Jahre lehnte der Wächterrat so viele Gesetzentwürfe ab, daß Ayatollah Khomeini als Schiedsstelle zwischen Wächterrat und Parlament den Schlichtungsrat einrichtete, der offenbar stetig an Bedeutung gewinnt und als Machtinstrument in den Händen des spirituellen Führers gilt.

Vorsichtige Veränderungen nach Amtsantritt Khatamis wurden sofort geahndet

Unter schwierigen Rahmenbedingungen und mit vergleichsweise wenig Unterstützung innerhalb der politischen Institutionen des Landes hat Khatami nach seiner Machtübernahme erste vorsichtige Veränderungen eingeleitet. Der moderate *Ataollah Mohadscherani* wurde zum Minister für Kultur und islamische Führung ernannt, der langjährige Außenminister *Ali Welayati* durch UN-Botschafter *Kamal Kharrazi* ersetzt. Der berüchtigte Geheimdienstminister *Fallahian*, der im sogenannten Mykonos-Prozeß gemeinsam mit Welayati als einer der Drahtzieher hinter der Ermordung iranischer Oppositioneller in Berlin erkannt worden war, wurde aus dem Amt entlassen. Die Konservativen sahen ihre Macht schwinden und gingen kurz nach dem Amtsantritt Khatamis mit der Verhaftung des Teheraner Oberbürgermeisters *Gholam Husein Karbashi* in die Offensive. Dieser Weggefährte Khatamis gilt als einer der liberalsten Politiker Irans und geistiger Wegbereiter der politischen Wende. Mit dem Vorwurf, im Wahlkampf öffentliche Gelder veruntreut zu haben, wurde Karbaschi der Prozeß gemacht; am Ende kam er gegen Kautions frei.

Bei aller kritischen Distanz zum Westen verzichtete Khatami auf die notorische Bezeichnung der USA als Satan, entschuldigte sich indirekt für die Geiselnahme in der US-Botschaft 1979/80 und verurteilte das demonstrative Verbrennen amerikanischer Flaggen. Unabhängig von direkten politischen Gesprächen ermutigte er den Austausch über Künstler, Wissenschaftler und Touristen. Das überwiegend konservativ be-

setzte Parlament wandte sich daraufhin per Resolution gegen jede Annäherung an den Erzfeind.

Die diplomatischen Beziehungen zur BRD waren zu Beginn des Jahres 1997 nach dem Mykonos-Urteil auf dem Gefrierpunkt – auch andere EU-Staaten zogen ihre Botschafter für eine Weile aus dem Iran ab. Sieben Monate nach dem Urteil kehrte der iranische Botschafter nach Deutschland zurück, doch wurden die Beziehungen wenig später erneut schwer belastet: durch das im Iran verhängte Todesurteil gegen den deutschen Kaufmann *Helmut Hofer* wegen angeblicher sexueller Beziehungen zu einer Muslimin. Daß die Konservativen ein solches Urteil ebenso wie das Todesurteil gegen *Salman Rushdie* als Machtinstrument zur Behinderung der neuen Außenpolitik Khatamis nutzen, ist dabei mehr als nur denkbar.

Mit Blick auf den Nahen Osten schließlich hat sich Khatami von der radikal-islamistischen Position distanziert und *Yassir Arafat* auch seine Unterstützung für eine Verhandlungslösung zugesagt, wenn diese dem palästinensischen Volk akzeptable Lebensbedingungen eröffne. Die damit verbundene mögliche Anerkennung der Existenz des Staates Israels – so theoretisch sie auch sein mag – veranlaßte Khomeini und seine Gefolgschaft erneut zu vehementen Protesten. Erst kürzlich gaben die Konservativen ausgerechnet den Zionisten die Schuld an der Ermordung von Oppositionellen und Schriftstellern.

Für Aufsehen sorgte Khatami mit der Berufung der 37jährigen Chemie-Professorin *Massumeh Ebtekar* zur Vizepräsidentin; erstmals gelangte in der Geschichte der islamischen Republik Iran eine Frau in dieses Amt. *Zahra Shodschai* zog als Beraterin des Präsidenten in Frauenfragen in das Kabinett ein. Khatami wollte zeigen, daß er es mit seinen Versprechungen ernst meine und honorierte so zugleich die unbestritten ausschlaggebende Rolle der Frauen bei seiner Wahl. Gleichzeitig machte die Tochter seines Amtsvorgängers *Rafсандschani Faeza Hashemi* als Mitglied des Parlamentes von sich reden, durch ihre aktive Unterstützung des Frauensports und ihr Eintreten für mehr soziale und politische Rechte der Frauen bis zum Zugang zu höchsten politischen und geistlichen Ämtern.

Mehrere Frauenzeitschriften können ungehindert erscheinen und relativ offene Kritik an einer männerlastigen Koranauslegung, beispielsweise in Fragen der Polygamie und des Scheidungsrechtes, thematisieren. Gleichzeitig scheinen die Sittenwächter nicht mehr ganz so streng über die islamische Kleidung der Frauen in der Öffentlichkeit zu wachen; der Zugang zu westlicher Popmusik auf CDs und Cassetten ist einfacher geworden und verbotene Bücher werden weniger ängstlich unter der Ladentheke behandelt.

Auch wenn Khatami gewissen Anzeichen der Liberalisierung des Alltagslebens tolerant gegenübersteht, wäre es kühn, sie alle auf sein Konto zu verbuchen. Eine gewisse *Revolutions-*

müdigkeit der Bevölkerung in Fragen der islamischen Lebensführung machte sich schon lange bemerkbar. Daß solche Tendenzen das Mißfallen der Konservativen erregen und von ihnen als Indiz westlicher Einflußnahme und Abkehr vom wahren Islam bewertet werden, liegt auf der Hand. Ungleich bedrohlicher ist für sie jedoch die von Khatami angekündigte *Presse- und Meinungsfreiheit*. Zunächst wurden tatsächlich viele neue Zeitschriften genehmigt, und kritische Fragen konnten in der Presse mit erstaunlicher Offenheit diskutiert werden. Als sich aber im September 1998 ein siebenköpfiges Komitee zur Abschaffung der Zensur und Gründung eines unabhängigen Schriftstellerverbandes zusammenfand, wurde es den Konservativen zu viel.

Khatamis Unterstützung in der Bevölkerung ist weiterhin groß

Khamenei rief zum Widerstand gegen die Kritik von Journalisten und Schriftstellern auf und ließ noch im selben Monat verschiedene unliebsame Zeitungen gerichtlich verbieten und Herausgeber und führende Redakteure verhaften. Mit Mohammed Mochtari und Mohammed Puyandeh wurden inzwischen zwei Gründungsmitglieder des Komitees unter großer Beteiligung der Bevölkerung zu Grabe getragen. Politiker, Geistliche und Intellektuelle aus dem Lager der Reformen wandten sich daraufhin offen an Revolutionsführer Khamenei und erklärten ihn verantwortlich für die Aufklärung und Ahndung der Morde.

Ebenfalls im September 1998 forderte Khatami mutig das offene Gespräch unter den Religionen (vgl. HK, November 1998, 546f.). Bis vor kurzem wäre es undenkbar gewesen, daß ein Mitglied der iranischen Führungsspitze, die sich oft schon selbst mit den sunnitischen Glaubensbrüdern schwer tut, im Umgang mit anderen Religionen irgendeinen anderen Modus als deren selbstgefällige und schonungslose Verurteilung findet. Entsprechend massiv waren die Gegenreaktionen: Gegen den Willen des Präsidenten wurde das Todesurteil gegen Salman Rushdie bestätigt, und zwei *Bahais* wurden zum Tode verurteilt. Die mit 300 000 Mitgliedern größte religiöse Minderheit in Iran wird von den konservativen Mullahs als dem Islam abtrünnig angesehen und ist erheblichen Repressalien ausgesetzt. Bereits Mitte 1998 war ein 52jähriger Bahai nach mehrmonatiger Haft, in der ihm Familienbesuche und Rechtsbeistand verweigert worden waren, allein aufgrund seines religiösen Bekenntnisses hingerichtet worden. 15 weitere Bahais sind derzeit aus demselben Grund in Haft und teilweise zum Tode verurteilt.

Die Zukunft ist wie immer ungewiß, und Spekulationen gleiten leicht ins Unseriöse ab. Khatami ist niemand, der das System an sich, die Verfassung oder die Herrschaft der Geistlichkeit über das Volk in Frage stellt. Er denkt, argumentiert und agiert innerhalb des Systems, möglicherweise aus der

sicheren Erkenntnis heraus, daß dies der einzige Weg ist, vorsichtig Veränderungen herbeizuführen. Die offene Provokation der mächtigen Mullahs könnte diese schließlich zu einer erneuten blutigen Säuberung des Landes von Andersdenkenden bewegen; dies will Khatami offenbar unter allen Umständen vermeiden. Seine konservativen Gegenspieler lassen indes keine Gelegenheit aus, Khatamis Reformpolitik zu behindern und zu zeigen, daß sie keine Beschränkung ihres Einflusses hinnehmen werden.

Dabei ist die Kritik an Khamenei auch innerhalb der Geistlichkeit keinwegs verebbt: Der ehemals designierte Khomeini-Nachfolger und dann wegen Kritik an Exzessen der islamischen Revolution und Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung in Ungnade gefallene Ayatollah *Husein Ali Montazeri* wirft ihm gemeinsam mit anderen Geistlichen mangelnde theologische Kompetenz vor. Tatsächlich war Khamenei nach dem Tode Khomeinis ohne entsprechenden theologischen Qualifikationsnachweis vom einfachen Hojjatoleslam in den Rang eines Ayatollah erhoben worden. Wenn es jedoch um die Macht geht, haben in Iran nicht nur Linke, Intellektuelle und Schriftsteller Repressalien zu befürchten: Auch Ayatollah Montazeri und andere kritische Geistliche stehen unter Hausarrest.

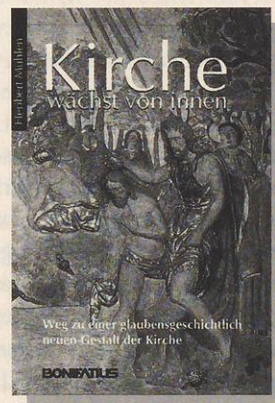
Kirche wächst neu von innen

Anstoß zu einer Reform der Kirche von innen und einer neuen Bezeugung des Evangeliums. In diözesanen Reformgottesdiensten erprobt und sich weiter ausbreitend. Vorbereitung in Wegseminaren, in einem Katechumenat für Getaufte. Maßgebend in der liturgischen Ausgestaltung.

Das Bündnis von Christenheit und Gesellschaft – tragende Idee des christlichen Abendlandes – bricht zunehmend auseinander, auch in Deutschland. Die Selbstverständlichkeit, ein Christ zu sein, ist verdunstet, unwiederholbar: Die Errichtung eines *politischen* Reiches Gottes auf Erden entsprach nicht der Lehre Jesu. Die uralte Botschaft: Gott ist direkt mit uns in seinem von ihm angebotenen „Bund“ erwacht in den Herzen der Gläubigen. Sie fordert jeden einzelnen zu einer ebenso direkten Annahme seiner Zuwendung heraus in leibhaft-liturgischen Schritten: vertiefte Annahme des Wortes Gottes, des Taufbundes, der Sakramente, der Geistesgaben, ohne Zwänge und Erwartungen von außen, in wohlthuender, entspannter Freiheit, aus der Gesellschaft nicht ableitbar. Daraus erwächst eine neue Befähigung zur Sinnstiftung und Wertevermittlung: Das glaubensgeschichtlich *neue gesellschaftliche Profil der Kirche*.

„Das Buch ist eines der anregendsten, das zur Krise und zur Zukunft der abendländischen Kirche derzeit zur Debatte steht.“

Lebendiges Zeugnis



Heribert Mühlen Kirche wächst von innen

Weg zu einer glaubensgeschichtlich neuen Gestalt der Kirche
Neubestimmung des Verhältnisses von Kirche und Gesellschaft
467 Seiten. 16 s/w-Abb. Geb.
DM 58,- / öS 429,- / sFr 55,-
ISBN 3-87088-902-0

Im Buchhandel erhältlich

BONIFATIUS
Druck · Buch · Verlag

Khatamis Unterstützung in der iranischen Bevölkerung und besonders unter den Studenten ist weiterhin groß. Die jüngere Generation soll nahezu geschlossen hinter seiner Politik stehen; bei einem Anteil der unter 30jährigen von über 75 Prozent ist das eine entscheidende Beobachtung. Dennoch ist die Kraftprobe zwischen den beiden Lagern noch nicht entschieden.

Im Oktober 1998 kam es zur Neuwahl der einflußreichen Expertenversammlung. Von den 400 Bewerbern für 86 Positionen wurden nach sorgfältiger Prüfung durch den Expertenrat 167 meist konservative Kandidaten zugelassen; die

Vorschläge Khatamis waren nicht darunter. Seither wollen die Unkenrufe über das Scheitern seiner Reformbemühungen und einen möglichen Rücktritt des iranischen Präsidenten nicht mehr verstummen. Dessen Anhänger holten aber zum Gegenschlag aus und gründeten im Dezember 1998 die *islamisch-iranische Partizipationsfront*, eine Partei, in der sie ihre Reformpolitik institutionalisieren und mit der sie jetzt am 26. Februar bei den ersten Kommunalwahlen seit der islamischen Revolution 1979 antreten wollen. Von der Wahl der 200 000 Mandatsträger in Städten und Gemeinden des Landes wird ein deutliches Signal für die politische Zukunft der islamischen Republik Iran erwartet. *Rita Breuer*

Schuldenkrise dauerhaft lösbar?

Ziele und Hintergrund der Kampagne „Erlaßjahr 2000“

Im alttestamentlichen Buch Levitikus findet sich die Idee des „Jobeljahres“, der Gedanke periodischer Schuldenerlasse. Die Kampagne „Erlaßjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung“, mittlerweile zu einer weltweiten Bewegung angewachsen, greift diesen Gedanken auf und fordert eine menschengerechte, besonders aber auch dauerhafte Lösung der nach wie vor virulenten internationalen Schuldenkrise. Pedro Morazán, wissenschaftlicher Mitarbeiter vom „Südwind Institut für Ökonomie und Ökumene“ skizziert die wesentlichen Grundanliegen der Kampagne und stellt deren vor allem auch kirchliche Träger vor.

Unter den gegebenen Voraussetzungen wird auch zur Jahrtausendwende die Schuldenkrise der ärmsten Länder alles andere als überwunden sein (vgl. HK, Januar 1997, 30 ff.). Inzwischen ist der Schuldenberg auf über zwei Billionen Dollar angewachsen. Die Lebenssituation der Menschen in vielen der hoch verschuldeten Staaten hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Umfassende Lösungsansätze – wie sie etwa der britische Schatzkanzler Brown im September 1997 oder britische Entwicklungsinitiativen anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Birmingham im Mai 1998 vorgeschlagen haben – liegen zwar auf dem Tisch, sind jedoch unter den Gläubigern nicht mehrheitsfähig.

Mitte September 1997 wurde in Wuppertal die Kampagne „Erlaßjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung“ ins Leben gerufen. Mehr als 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hilfswerken, entwicklungspolitischen Initiativen und kirchlichen Verbänden in Deutschland formulierten einen Appell zu einer umfassenden und endgültigen Lösung der Schuldenkrise; mittlerweile haben sich mehr als 700 Organisationen der Kampagne „Erlaßjahr 2000“ angeschlossen. Sie fordern Schuldenerlaß für die armen Staaten und hierfür ein

transparentes Verfahren im Sinne eines fairen Interessenausgleichs zwischen Schuldner und Gläubigern.

Der Kampagne „Erlaßjahr 2000“ liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Die Überschuldung von Ländern bedroht die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der ganzen Gesellschaft. Den Regierungen der überschuldeten Staaten fehlt das Geld, um Bildungssystem und Gesundheitsversorgung aufrecht zu erhalten oder dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur vorzunehmen. Damit zerstört die Verschuldung die Lebensgrundlagen der heutigen wie der zukünftigen Generationen.
- Alle bisherigen Versuche einer Lösung der Schuldenkrise sind gescheitert. Die vielen Verhandlungen und Abkommen haben in den meisten Fällen nur kurzfristig gewirkt; die betroffenen Länder konnten lediglich für eine Weile Zinsen und Tilgung zahlen. Die Schulden jedoch waren und sind auch nach vielen Umschuldungsmaßnahmen und Schuldenerlassen für viele Staaten zu hoch und können nur durch eine drastische Reduktion auf ein tragfähiges Niveau gesenkt werden.